

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 24 / 1972 Nr. 909

Nr.

686/47

Dr. Dr. h. c. H. Heimerich
Rechtsanwalt u. Steuerberater

August M. S c h w a b , Dr. ing.,
Heidelberg, Dantestrasse 33

beendet:

19

angefangen:

19

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 50 / 1929 Nr. 393

909

LEITZ

Rapid »ES«
Din-Quart

~~9.10.46 Kacuna Pen 250.~~

10/8.

Arkt. Mandat

28. Juli 1948 .

428/7.

Handwritten:
Karlshöhe
Ablage
20. VIII 48

Dr. O./M.
- 686 -

An das
Oberversicherungsamt für den
Landesbezirk Baden

Karlsruhe / Baden
Kriegstrasse 103 .

In Sachen
des Dr. Ing. August S c h w a b
in Heidelberg, Dantestrasse 33
gegen
die Landesversicherungsanstalt
Baden -Aussenstelle - Heidelberg
wegen KB -Rente

teilen wir auf die dortigen Anfragen vom 11.5. und 8.7.1948
mit, dass der Beschwerdeführer die eingelegte Berufung nicht
mehr weiter verfolgen wird und diese fallen lässt .

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

28. Juli 1948

428/5

W. H. H. H.

10/8

Handwritten signature

Handwritten notes

Dr. O. M.
- 666 -

Handwritten signature

An das
Oberverwaltungsamt für den
Landesbezirk Baden

Karlshöhe / Baden
Kriegstrasse 103.

In Sachen
des Dr. Ing. August Schwaib
in Heidelberg, Dantestrasse 33
gegen
die Landesverwaltungsanstalt
Baden - Aussenstelle - Heidelberg
wegen KB - Rente

teilen wir auf die dorthin Anträgen vom 11.5. und 8.7.1948
mit, dass der Beschwerdeführer die eingelegte Berufung nicht
mehr weiter verfolgen wird und diese fallen lässt.

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

-686-

Oberversicherungsamt
KB.Nr. 296/48.

Karlsruhe, den 8. Juli 1948
Kriegsstr. 103

15. Juli 1948

Betr.: KB.-Rente des Dr. Ing. August Schwab in Hei-
delberg, Dantestr. 33.
Dort.A.Z.: Dr.O./Sch. - 686 -

Wir ersuchen um Mitteilung über den
Stand der Sache. Vollmacht wolle eingesandt
werden.

J. A.

Je, p

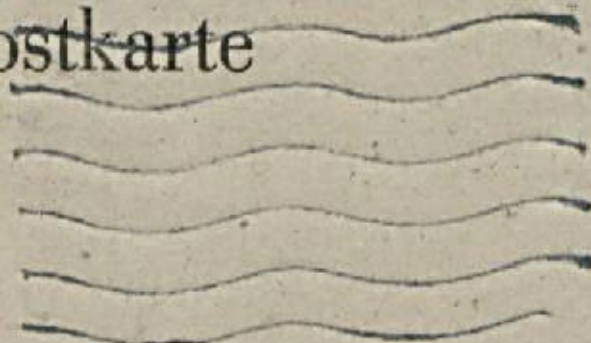
[Handwritten signature]

[Handwritten mark]

Oberverwaltungsamt Karlsruhe
Kriegsstr. 103



Postkarte



Herrn

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
u. Dr. Heinz G. C. Otto
Rechtsanwälte

17a

Heidelberg

Neuenheimer Landstr. 4

~~Erst~~ ~~10~~
Oberversicherungsamt

KB.Nr. 290/48.

- 086 -
Karlsruhe, den 11.5.1948

Kriegsstr.103

Telf.6300,6309

14. Mai 1948

Betr.: KB.-Rente des Dr.Ing.August Schwab in Heidel-
berg, Dantestr.33.

Wir ersuchen nochmals um Vorlage einer Voll-
macht.

J. A.

Nr. ~~290/48~~

15.VI.48

~~Alle~~

Nr
1.Vm.48 ✓

28

Lebensversicherungsamt Karlsruher
Kriegsstr. 103

Postkarte



Herrn

Dr. Dr. h. c. Heimerich u.
Dr. Heinz G. C. Otto
Rechtsanwälte



17a

Heidelberg

Neuenheimer Landstr. 4

12.5.48.

Dr.O./M.
- 686 -

An das
Oberversicherungsamt
für den
Landesbezirk Baden

K a r l s r u h e / Bdn.
Kriegstrasse 103

KB.Nr.290/48


In Sachen

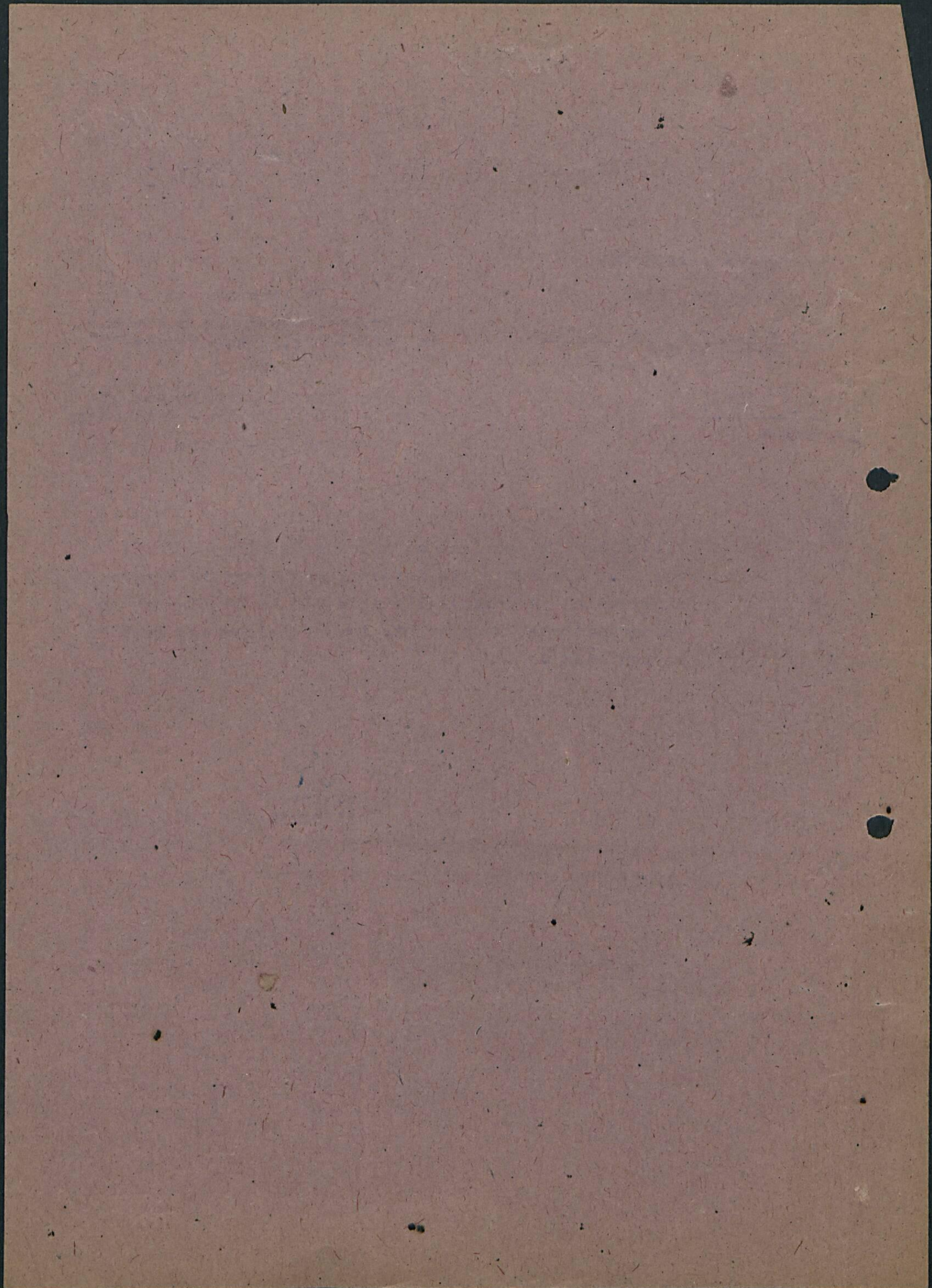
des Dr.Ing.August S c h w a b
in Heidelberg, Dantestrasse 33

gegen

die Landesversicherungsanstalt
Baden - Aussenstelle - Heidelberg
wegen KB - Rente

bitten wir im Nachgang zu unserer Berufungsschrift
vom 23. März 1948, die Entscheidung über die Berufung
einstweilen zurückzustellen, da die in dem Verfahren
angeschnittene Frage event. im Vergleichsweg geklärt
werden kann .


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt



Dr.-Ing. A. Schwab
Heidelberg
Dantestraße 33

Heidelberg, den 6.5.48.

Herrn

Rechtsanwalt Dr. O t t o

7. Mai 1948

H e i d e l b e r g.
Neuenheimer Ldstr. 4.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Zur besseren Orientierung übersende ich Ihnen beiliegend die genaue Anschrift des Landesverbandes Südwestdeutschland des Verbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V. und gleichzeitig die Abschrift des Schreibens, das die zuständige Bearbeiterin, Fr. Assessorin Höhler-Beckebenne, mir damals in Beantwortung einer telefonischen Anfrage zusandte. Nachdem Fr. Höhler sich der hier aufgeworfenen Frage annehmen will und evtl. ein Gutachten über diesen Fall ausarbeiten möchte, wäre eine Anfrage über den Stand der ganzen Angelegenheit angebracht.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr ergebener

Schwab.

Rechnung Nr. 12
Kasse
Kasse

Heidelberg, den 1. April 1901

Hochachtungsvoll
Herrn

Herrn Dr. J. J. J.
Herrn Dr. J. J. J.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich danke Ihnen sehr für die
gütige Antwort auf meine
Frage vom 28. März. Ich habe
die Sache mit dem Herrn
Dr. J. J. J. in Betracht
gezogen und bin zu dem
Ergebnis gekommen, dass
die Sache mit dem Herrn
Dr. J. J. J. in Betracht
gezogen werden muss.

Im Auftrage

Landesverband Südwestdeutschlands
des Reichsverbandes der gewerblichen
Berufsgenossenschaften e.V.

Heidelberg, Bergheimerstr. 147.

Herrn
Dr. Ing. A. Schwab

Heidelberg
Dantestr. 33.

Ihr Zeichen: Ihre Nachricht: Unser Zeichen: HÖ/Di Tag: 7.4.1948
Betreff: U 140292/44

Sehr geehrter Herr Dr. Schwab!

Heute morgen hatte ich Gelegenheit, Ihetwegen mit einem Beamten der Landesversicherungsanstalt Baden, Aussenstelle Heidelberg zu sprechen. Leider kann von dort aus nichts unternommen werden, um Ihnen zu helfen. Wie mir der Beamte sagt, hat sich die Landesversicherungsanstalt über Ihren Antrag auf Entschädigung nach dem KB-Leistungsgesetz gewundert, weil Sie von der Berufsgenossenschaft der chem. Industrie eine verhältnismässig hohe Rente erhalten und bei Anerkennung Ihres Unfalls als Kriegsunfall nach dem KB-Leistungsgesetz diese Rente fortfallen würde. Ich habe den Beamten darauf hingewiesen, dass Sie an sich auf eine Rente nach dem KB-Leistungsgesetz keinen Wert legen, aber um z.B. die Blindenhochschule in Marburg besuchen zu können, als Kriegsoffer anerkannt werden möchten. Leider weiss der Beamte hierfür auch keinen Rat. Nach meinem Dafürhalten könnte sich aber die Berufsgenossenschaft mit der Blindenhochschule in Verbindung setzen und versuchen, Sie dort unterzubringen. Herr Eith ist z.Zt. für 3 Wochen verreist. Ich empfehle Ihnen, sich nach Ablauf dieser Zeit mit ihm in Verbindung zu setzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: Höhle-Beckebenne.

Immerwährend während der Zeit
des Krieges wurde der Kriegszustand
durch den Kriegszustand...

Herrn
Herrn...

Herrn
Herrn...

Immerwährend während der Zeit
des Krieges wurde der Kriegszustand
durch den Kriegszustand...

Herrn
Herrn...

Immerwährend während der Zeit
des Krieges wurde der Kriegszustand
durch den Kriegszustand...

Immerwährend während der Zeit
des Krieges wurde der Kriegszustand
durch den Kriegszustand...

Obersversicherungsamt

für den

Landesbezirk Nordbaden

KB.Nr.290/48.

7019
Karlsruhe, den 1. April 1948.

Kriegsstraße 103

Fernruf 6300

688
5. April 1948

In Sachen
des Dr.Ing.August Schwab in Heidel-
berg, Dantestr.33,

gegen
die Landesversicherungsanstalt Baden
-Aussenstelle- Heidelberg

wegen KB.-Rente.

Wir bestätigen den Eingang der Berufungsschrift vom

23.März 1948.

Wir ersuchen noch um Vorlage einer Vertretungsvoll-
macht. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, dass
Schriftsätze an uns jeweils in doppelter Fertigung einzu-
senden sind.

An die
Herren Rechtsanwälte
Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich
u.Dr.Heinz G.C.Otto
Heidelberg

I.A.

[Signature]

Lober

Barp...

0

Oberpostdirektion
Kriegsstr. 103

Süddeutsche KLASSENT- LOTTERIE



An die

Herren Rechtsanwälte Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
und Dr. Heinz G. C. Otto



(17a) Heidelberg
Neuenheimer Landstr. 4

7,2

24. März 48.

Dr. O./M.
-686-

Herrn
Dr. August M. S c h w a b
H e i d e l b e r g
Dantestrasse 33 .

Sehr geehrter Herr Dr. Schwab !

Ich habe in den letzten Tagen vergeblich versucht ,
Sie telefonisch zu erreichen . Ich bin der Ansicht , dass
die Berufungsschrift in Ihrer Angelegenheit betreffend
KB-Leistungsgesetz vor Ostern noch herausgehen muss . Wir
haben deshalb, da wir Sie nicht erreichen konnten , Ihr
Einverständnis voraussetzend , die Berufung wie in der An-
lage begründet und abgesendet .

Die Berufungsbegründung ist zunächst sehr knapp ge-
fasst aus folgenden Gründen :

Wir haben bei der Aussenstelle Heidelberg der Landes-
versicherungsanstalt Baden Einsicht in die Versorgungsakten
genommen , bei denen sich die Unfallsakten nicht mehr befin-
den, weil sie bereits an die Berufsgenossenschaft der chemi-
schen Industrie Mannheim, Renzstrasse 11 - 13, Sektion 2,
zurückgegeben waren . Eine Einsichtnahme an Ort und Stelle
war uns wegen Zeitmangels und der Schliessung unserer
Kanzlei ab morgen vor Ostern nicht mehr möglich . Eine aus-
führliche Begründung auf Grund der Unfallsakten können wir
aber nachreichen , wenn durch den anliegenden Schriftsatz
die Frist gewahrt ist .

Es war mir auch leider noch nicht möglich , die Kollision
der Ansprüche aus dem KB-Leistungsgesetz und aus der Reichs-
versicherungsordnung zu prüfen . Falls wir hier zu einem

ungünstigen Ergebnis gelangen, können wir das eingelegte Rechtsmittel ja immer wieder zurücknehmen.

Wir werden zunächst nach Ostern Einsicht in die Unfallsakten nehmen und Ihnen sodann weiter berichten. Aus der Einsichtnahme in die Versorgungsakten ergeben sich gewisse Anhaltspunkte, die zu der getroffenen Entscheidung geführt haben. Anscheinend hat man Ihre Angelegenheit als GrenzfalI betrachtet und wollte ursprünglich zu Ihren Gunsten entscheiden. Die Erledigung wurde aber dann wegen der ungeklärten Kollision mit der Unfallrente zurückgestellt. Auf Grund einer Nachfrage der Aussenstelle Heidelberg an die Landesversicherungsanstalt Baden - Hauptverwaltung - wurde aber dann ein ablehnender Bescheid veranlasst, weil sich der Unfall nach dem 1.1.1942 ereignet habe. Die für Sie in Frage kommende Rente wurde mit monatlich RM 170.- beziffert. Die Landesversicherungsanstalt Baden - Hauptverwaltung - gab den Fall mit dem Ersuchen zurück, zunächst noch eingehend zu prüfen, ob Kriegseinwirkung für den Unfall in Frage kommt. Hierauf wurden die Unfallsakten angefordert und Sie einbestellt. Ihre bei der Einbestellung gemachten Angaben sind in einer knappen Notiz niedergelegt. Darnach haben Sie bekundet, dass irgendwelche Anzeichen, die auf die Beschädigung hindeuteten, von Ihnen und Ihren Kollegen kurz vor der Explosion nicht bemerkt worden seien. Von mangelnder Aufsicht durch die Firma könne nicht gesprochen werden, da Sie Beide als verantwortliche Chemiker zur ersten Prüfung verpflichtet waren. Schliesslich befindet sich bei den Akten eine Notiz des Inhaltes, dass bei der Dienstbesprechung bei der Landesversicherungsanstalt - Hauptverwaltung - vom 16. Februar 1948 vereinbart wurde, Ihren Antrag, wie geschehen, abzulehnen.

Ich bitte Sie um gelegentliche Stellungnahme zu der Berufungsschrift. Über den weiteren Fortgang der Angelegen-

heit werden wir Sie auf dem Laufenden halten .

Mit vorzüglicher Hochachtung !



(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

1 Anlage

22

Verteiler:

1 x Oberversicherungsamt
1 x Mandant
2 x Landesversicherungsanstalt
1 x Akt

23. März
1948

Dr. G./Sch.

- 686 -

An das

Oberversicherungsamt

in Karlsruhe

über Landesversicherungsanstalt Baden
- Außenstelle Heidelberg -

Heidelberg

Platz 79

Betrifft: Anspruch des Herrn Dr. Ing. August M. S c h w a b,
Heidelberg, Dentestrasse 33 auf Grund des KB-Leistungsgesetzes.

Gegen den Bescheid der Landesversicherungs-
anstalt Baden - Außenstelle Heidelberg - II/11 -
vom 21. Februar 1948 legen wir hiermit namens und
im Auftrage des Antragstellers

B e r u f u n g

ein mit folgender Begründung:

Aus der Rechtsmittelbelehrung des angefoch-
tenen Bescheides ergibt sich, daß die Berufung recht-
zeitig eingelegt ist, wenn die Berufungsschrift inner-
halb der Rechtsmittelfrist bei der Landesversicherungs-
anstalt Baden, Außenstelle Heidelberg, Platz 79, zur
Vorlage an das Oberversicherungsamt eingereicht wird.

In sachlicher Hinsicht beruht der Bescheid
vom 21. Februar 1948 auf einer unrichtigen Anwendung
des Art. 1 des KB-Leistungsgesetzes und auf einer
unterlassenen Berücksichtigung des § 1, Abs. 1, Ziff. 3
der 1. Durchführungsverordnung zum KB-Leistungsgesetz
vom 27. Januar 1947, wonach als unmittelbare Kriegs-
einwirkungen im Sinne des Art. 1, Abs. 1 des Gesetzes
auch nachträgliche Auswirkungen kriegerischer Vorgänge,
die einen kriegseigentümlichen Gefahrenbereich hinter-

lassen haben, gelten. Im vorliegenden Fall sind aber, wie sich aus den Unfallakten ergibt, infolge eines Fliegerangriffes die Mess- und Sicherheitsvorrichtungen an der Apparatur, an der der Antragsteller beschäftigt war, beschädigt worden. In unmittelbarer Auswirkung dieses Ereignisses ist ein Druckbehälter, an dem der Antragsteller hantiert hat, explodiert und hat dessen Erwerbsbeschränkung, die z. St. mit 100 % angenommen wird, verursacht.

Es wird die Beiziehung der Unfallakten bei der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie, Mannheim, Renzstr. 11-13, Section 2, beantragt.

Wir stellen den Antrag unter Aufhebung des Bescheides der Landesversicherungsanstalt Baden - Außenstelle Heidelberg - vom 21. Februar den von dem Antragsteller geltend gemachten Anspruch in vollem Umfange anzuerkennen und die Kosten des Verfahrens, sowie der Beiziehung eines Rechtsanwalts der Berufungsgegnerin aufzuerlegen.


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Heidelberg, den 19. März 1948

Dr. We./Sch.

- 686 -

A k t e n n o t i z

Über die Akteneinsicht bei der Außenstelle Heidelberg der Landesversicherungsanstalt Baden in der Versicherungssache Dr. August S c h w a b.

1. Die Unfallakten wurden bereits am 21. II. 48 an die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie Mannheim, Renzstr. 11-13, Section 2 zurückgegeben.

Aus den eigentlichen Versorgungsakten der Landesversicherungsanstalt Baden, Außenstelle Heidelberg, ergeben sich gewisse Anhaltspunkte sowohl über den Inhalt der Versorgungsakten, als auch über die Gründe, die zu der getroffenen Entscheidung führten. Wie der Sachbearbeiter des Buchstabens Sch mir erklärte, sei der Fall Schwab als Grenzfall betrachtet und sei deshalb auch von Herrn H i n ü b e r bearbeitet worden. Auf S. 1 der Akten (Antrag von Herrn Schwab) befindet sich zunächst eine handschriftliche Notiz folgenden Inhalts:

"Gleichzeitig Arbeitsunfall - Berufsgenossenschaft".

Offenbar wollte die Außenstelle Heidelberg ursprünglich die von Herrn Schwab erbetene Anerkennung seines Körperschadens als Kriegsschaden erteilen. Das geht daraus hervor, daß sich weiter bei den Akten eine zweifach rot durchstrichene Bescheinigung folgenden Inhalts befindet. ".....Herr August Schwab, geb. 13.8.1911, wohnhaft in Heidelberg, Dantestraße 33 ist körperbeschädigt nach dem KBLG.

Leistungsgrund: Erblindung beider Augen, infolge Verletzung vorläufige Erwerbsunfähigkeit völlige 100%

Unterschrift fehlt.

Vertrauensarzt.

Auf der Rückseite dieser durchgestrichenen Bescheinigung befindet sich folgende Bemerkung:

12.10.47

1. Nach den Akten (Bl. 1R 4) ist der Körperschaden mittelbare Folge eines Fliegerangriffes. Es handelt sich jedoch gleichzeitig um einen Arbeitsunfall. Aus dem Anlass wird auch

(Bl.3 R) eine Unfallrente von RM 656.-- monatlich gezahlt.

Nach der Anordnung Nr. 1(S. 4 - Fußnote) können Leistungen nach dem KBLG voraussichtlich nicht in Frage. Die Erledigung dieser Fälle ist daher zurückzustellen.

Unter diesen Umständen kann auch die Ausstellung vorseitiger Bescheinigung (s. R), die besondere Vorteile nach dem KBLG zum Ziele hat, z.Zt. nicht vorgenommen werden.

Wvd. nach Eingang weiterer Bestimmungen.

I.A.
Hinüber

Am 13.11.47 richtete die Außenstelle Heidelberg an die Landesversicherungsanstalt Baden - Hauptverwaltung - folgendes Schreiben:

Bezug: KBLG Durchführungsbestimmung § 43.

Betrifft:

Der obengenannte bezieht wegen eines durch Fliegerangriff verursachten Unfalls, der gleichzeitig ein Betriebsunfall ist, nach den Unfallversicherungsakten eine Unfallrente in Höhe von monatlich RM 656.--.

+) handschriftliche Notiz)
nach dem 1.1.42

Die Leistungspflicht der Unfallberufsgenossenschaft ist deshalb gegeben, weil sich der Unfall vor +) ereignet hat.

Falls § 43 Durchführungsbestimmungen KBLG wegfallen würde und ~~wie~~ nur Leistungen nach dem KBLG in Frage kommen, würde die Rente einschl. Pflegegeld (verheiratet - 100% - führungsbedürftig blind - OK - III) 170.-- RM monatlich betragen. Dies würde für Schwab eine besondere Härte bedeuten. Die Akten werden deshalb mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

I.A.
Hinüber

Dieses Schreiben trägt eine Randnotiz.

1. Die Landesversicherungsanstalt - Hauptverwaltung gab den Fall mit dem Ersuchen zurück, zunächst noch eingehend zu prüfen

ob Kriegseinwirkung für den Unfall in Frage kommt. Einforderung der Unfallakten und Einbestellung.

Die von Herrn Schwab bei der Einbestellung gemachten Angaben sind in einer weiteren Notiz vom 12.1.48 in ihrem wesentlichen Inhalt wie folgt festgehalten. "Irgendwelche Anzeichen, die auf die Beschädigung hindeuteten, habe ich und mein Kollege kurz vor der Explosion nicht bemerkt. Von mangelnder Aussicht durch die Firma kann nicht gesprochen werden, da wir als verantwortliche Chemiker zur ersten Prüfung verpflichtet waren....".

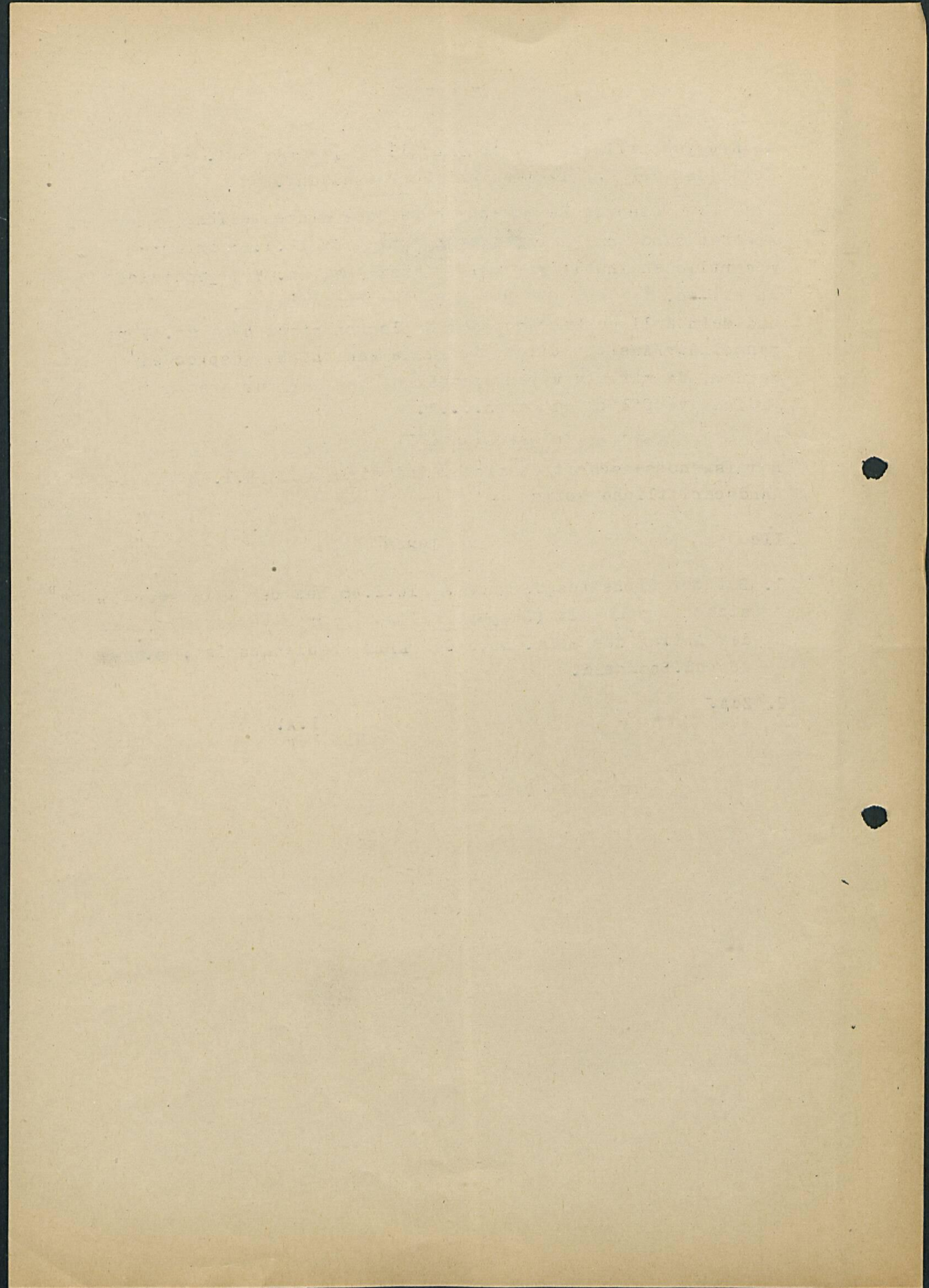
Endlich findet sich noch auf dem Schreiben der Berufsgenossenschaft Chemische Industrie vom 30.1.48 folgende handschriftliche Notiz

IIc

19248

1. Bei der Dienstbesprechung am 16.2.48 bei der Landesversicherungsanstalt (Hauptverwaltung) wurde vereinbart, daß der Antrag des Schw. nach dem KBLG abzulehnen ist; s. abschl. Bescheid.
2. ZdA.

I.A.
Hinüber



Heidelberg, den 12. März 1948.

Dr. O./M.

-686-

Betr.: Dr. Ing. August Schwab.

*1. 1. 4. Auf vorläufige
als Auftrag Notiz! (Gleichzeitige)
Unfall / Flugzeugunfall
Berch. Flug. klinisch.
Böck. H. Müller*

A k t e n n o t i z .

Persönliche Besprechung mit Herrn Dr. Schwab
in seiner Wohnung .

Ich habe Herrn Dr. Schwab, da er blind ist und in meiner Nähe wohnt, in seiner Wohnung besucht und seine Angelegenheit mit ihm besprochen.

Vor einer Anfechtung des Bescheids der Landesversicherungsanstalt, Aussenstelle Heidelberg, soll von uns Akteneinsicht in die dortigen Akten (A . Z . 59/47) genommen werden. Die Frist zur Einlegung des Rechtsmittels läuft erst am Osterdienstag ab . Ich habe ausgeführt, dass m.E. der Kausalzusammenhang zwischen dem Unfall und dem Fliegerangriff nicht bestritten werden könnte, da nach § 1, Abs. 1, Ziff. 3 der ersten Durchführungsverordnung zum KB-Leistungsgesetz nachträgliche Auswirkungen kriegerischer Vorgänge, die einen kriegseigentümlichen Gefahrenbereich hinterlassen haben, als unmittelbare Kriegseinwirkungen gelten .

Darauf, dass die etwaigen Ansprüche unseres Mandanten dadurch ausgeschlossen werden, dass er eine Unfallrente bezieht (vgl. § 43 der ersten DVO in Verbindung mit Art. 1, Abs. 3 des Ges.), ist in dem Bescheid nicht abgestellt . Es muss aber immer noch damit gerechnet werden, dass in höherer Instanz dieser Einwand erhoben wird .

Ausserdem hat Herr Schwab aber neuerdings noch folgendes Bedenken gegen die Geltendmachung seiner Ansprüche : Wir sind bisher davon ausgegangen, dass die Ansprüche aus der Unfallversicherung und aus dem KB-Leistungsgesetz ideal konkurrieren. Es tritt nur aber auch der Gedanke in den Vordergrund, dass vielleicht Gesetzeskonkurrenz besteht,

*Berufgen. L. Chem. Ind. Rev. 44. 11-13 Dr. Lefko
Sect II
Schon vor Abreise 21.2 zurück*

sodass Herr Schwab geradezu ein Schaden entstehen könnte,
wenn sein Unfall als Kriegsbeschädigung anerkannt würde.
Er könnte hierdurch u.U. seiner wesentlich höheren Ansprüche
aus der Unfallversicherung verlustig gehen. Diese
Frage muss event. im Einvernehmen mit einem Kenner der
Reichsversicherungsordnung geklärt werden.

Dr. Ing. A. M. Schwab
Heidelberg
Dantestraße 33 - Tel. 3062

586-
B. 2. bis es hier bis
X / Q muss einen Vorgang

6. März 1948
V. h

Sehr geehrter Herr Doktor Otto!

Anbei übersende ich Ihnen den Bescheid des Versorgungsamtes und
bitte Sie um eine Zeitangabe zur Besprechung dieser Angelegenheit.

Hochachtungsvoll!

Schwab.

Von Dr. Otto

6.3.

V. h

Dr. Ing. A. M. Schwab
Heidelberg
Dantelstraße 33 - Tel. 3003

Sehr geehrter Herr Doktor Otto!

Anbei übersende ich Ihnen den Bescheid des Versorgungsamtes und
bitte Sie um eine Zeitanzeige zur Besprechung dieser Angelegenheit.

Hochachtungsvoll!

Handwritten:
Lieber Herr Otto
A. M.
Schwab

Landesversicherungsanstalt
Baden
Aussenstelle Heidelberg
II/11

Heidelberg, den 21.2.1948.

A 2 59/47

B e s c h e i d

9.1(1) 3, 1, AV
Art 2 (2) d. Ges.

Herrn
Dr. August S c h w a b
H e i d e l b e r g
Dantestrasse 33

Auf Ihren Antrag vom 28.4.1947.

Nach § 1 des Gesetzes über Leistungen an Körperbeschädigte vom 21.1.1947 (Reg.Bl.Nr.2 S.7) erhalten Personen, die durch unmittelbare Kriegseinwirkungen oder anlässlich militärischen oder militärähnlichen Dienstes Gesundheitsschädigungen erlitten haben, wegen der Folgen dieser Schädigungen Leistungen nach den Vorschriften über die gesetzliche Unfallversicherung.

Ihren Antrag begründen Sie mit der Erblindung beider Augen, die Sie auf einen während Ihrer Tätigkeit bei der I.G. Farbenindustrie in Ludwigshafen am 19.10.1944 erlittenen Unfall zurückführen. Dieser soll durch Kriegseinwirkungen insofern eingetreten sein, als durch einen vorhergegangenen Fliegerangriff die Sicherheitsapparatur eines Druckgefäßes beschädigt und letzteres nachträglich (während der Berufsarbeit) explodiert sei.

In den Unfallakten von 1944 haben weder Sie noch Ihre frühere Arbeitgeberin die oben bezeichneten Kriegseinwirkungen für den Unfall verantwortlich gemacht. Bei der Festsetzung der Unfallrente wurde deshalb nur von einem Betriebsunfall ausgegangen.

Nach den jetzigen Aktenfeststellungen wird die frühere Entscheidung, dass nur ein Betriebsunfall vorliegt, nicht widerlegt. Es sind keine genügenden Anhaltspunkte dafür vorhanden, dass es sich um unmittelbare Kriegseinwirkungen im Sinne des § 1 abs.1 K.B.-Leistungsgesetz (Unfallfolgen durch Kampfhandlungen oder mit solchen unmittelbar zusammenhängenden militärischen Massnahmen, insbesondere Waffeneinwirkung und Wirkung sonstiger Kampfmittel) handelt.

Ihr Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem K.B.-Leistungsgesetz muss daher abgelehnt werden.

Gegen diesen Bescheid ist innerhalb eines Monats nachs seiner Zustellung Berufung an das Oberversicherungsamt Karlsruhe zulässig. Im Falle der Berufung empfiehlt es sich, eine mit Gründen versehene Berufungsschrift in zweifacher Fertigung bei der Landesversicherungsanstalt Baden, Aussenstelle Heidelberg, Plöck 79, zur Vorlage an das Oberversicherungsamt einzureichen.

Die beiliegende Postkarte (Empfangsbescheinigung) wollen Sie unterschrieben umgehend nach hier zurücksenden.
1 Anlage.

Der Vorstand
L.A.V.

Gez.: Unterschrift
unleserlich.

Siegel:
Landesversicherungsamt
Baden.

92

Unfallakten

Heidelberg, den 21. 2. 1948.

Landesversicherungsanstalt
Baden
Ausstellung Heidelberg
11/11

B e s c h e i d

Herrn
Dr. August Schwaib
Heidelberg
Dankstrasse 33

Ihre Anträge vom 28. 4. 1947.

Nach § 1 des Gesetzes über Leistungen an Körperbeschädigte vom 21. 1. 1947 (Reg. Bl. Nr. 2 S. 7) erhalten Personen, die durch unmittelbare Kriegs-
einwirkungen oder anlässlich militärischen oder militärischen Dienstes
Gesundheitsschädigungen erlitten haben, wegen der Folgen dieser Schädigungen
Leistungen nach den Vorschriften über die gesetzliche Unfallver-
sicherung.
Ihre Anträge begründen Sie mit der Erlingung beider Augen, die Sie auf
einen während Ihrer Tätigkeit bei der I. G. Farbenindustrie in Ludwig-
hafen am 19. 10. 1944 erlittenen Unfall zurückführen. Dieser soll durch
Kriegseinwirkungen insofern eingetreten sein, als durch einen vorherge-
gangenen Fliegerangriff die Sicherheitsapparatur eines Druckflases ge-
schädigt und letzteres nachträglich (während der Berufstätigkeit) explo-
diert sei.
In den Unfallakten von 1944 geben weder Sie noch Ihre früheren Arbeitgeber-
betriebe die oben bezeichneten Kriegseinwirkungen für den Unfall vorant-
wortlich gemacht. Bei der Festsetzung der Unfallrente wurde demnach nur
von einem Betriebsunfall ausgegangen.
Nach den jetzigen Aktenfeststellungen wird die frühere Entscheidung,
dass nur ein Betriebsunfall vorliegt, nicht widerlegt. Es sind keine ge-
nügends Anhaltspunkte dafür vorhanden, dass es sich um unmittelbare
Kriegseinwirkungen im Sinne des § 1 Abs. 1 K. B. Leistungsgesetz (Unfall-
folgen durch Kampfhandlungen oder mit solchen unmittelbar zusammenhän-
genden militärischen Massnahmen, insbesondere Waffeneinwirkung und Wir-
kung sonstiger Kampfmittel) handelt.
Ihr Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem K. B. - Leistungsgesetz
muss daher abgelehnt werden.
Deren diesen Bescheid ist innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung
Berufung an das Obergerichtsamt Karlsruhe zulässig. Im Falle der
Berufung empfiehlt es sich, eine mit Gründen versehene Berufungsschrift
in zweifacher Fertigung bei der Landesversicherungsanstalt Baden, Anssen-
stelle Heidelberg, Block 79, zur Vorlage an das Obergerichtsamt
einzureichen.

Der Vorstand
I. A. V.

Ges.: Unterschrift
unleserlich.

Die beiliegende Postkarte (Empfänger-
bescheinigung) wollen Sie unter-
schreiben und nach hier zu-
rücksenden.
I. Anhang.

Stempel:
Landesversicherungsamt
Baden.

Akt anlegen !

Wv. 8. III 48

2. Januar 1948 .

W. Spöck 20. Jan.

Ed.

Dr. O./M.

Herrn

Dr. Ing. A. M. Schwab

H e i d e l b e r g

Lantestr. 35

Sehr geehrter Herr Dr. Schwab !

Wir bestätigen den Empfang Ihrer beiden Schreiben vom 11. und 20. Dezember 1947 nebst einer kommentierten Textausgabe des KB-Leistungsgesetzes, die wir Ihnen in der Anlage zurückgeben, da wir selbst ein solches Exemplar besitzen.

Mittlerweile ist in Württemberg-Baden ebenfalls eine Ausführungsverordnung ergangen, die im Wesentlichen mit den bisher ergangenen Ausführungsverordnungen für Bayern und Hessen übereinstimmt, vor allem mit der Bestimmung des § 43 der bayr. Ersten DVO, wonach "Leistungen nach dem KB-Leistungsgesetz nicht gewährt werden, soweit Ansprüche aus der Unfallversicherung begründet sind." Während hinsichtlich aller anderen konkurrierenden Leistungen lediglich eine Anrechnungspflicht vorgesehen ist, ist gerade hinsichtlich der Unfallversicherung die obengenannte Sonderregelung getroffen, sicher nicht ohne Absicht. Nun heisst es allerdings "soweit" Ansprüche begründet sind. Damit ist gemeint, dass das KB-Leistungsgesetz nur soweit unanwendbar ist, als sich beide Ansprüche decken. Ich bezweifle, dass man dahin argumentieren könnte, hinsichtlich des Feststellungsanspruchs deckten sich eben die beiden Gesetze nicht, denn in dem KB-Leistungsgesetz ist eben immer nur von Leistungen die Rede und nirgends von

Dr. Otto

Für den H. St. ...

(...)
Anwaltskanzlei

I. ...

einer Feststellung. Solange eine Leistung nicht in Frage kommt, kann wohl eine Feststellung nicht begehrt werden. Vorher können m.E. aber auch die im Gesetz vorgesehenen Fristen nicht zu laufen beginnen. Um ganz sicher zu gehen, möchte ich Ihnen dabei empfehlen, Ihren Antrag auf Feststellung durchzufechten. Wenn die Feststellung dann mit der Begründung abgelehnt wird, dass hierfür s.Z-t., d.h. solange Sie eine Unfallversicherungsrente beziehen, kein Anlass bestehe, dann haben Sie auf alle Fälle eine Unterlage für den nach Wegfall der Unfallrente etwa zu stellenden neuen Antrag, der dann jedenfalls nicht wegen Fristversäumnis abgelehnt werden kann.

Es handelt sich hier um eine recht schwierige Rechtsfrage, mit der sich die Herren des Versorgungsamts anscheinend nicht gerne beschäftigen. Deshalb versuchen sie nunmehr, einen anderen Ablehnungsgrund zu finden. Nach Ihren Ausführungen dürfte aber der Kausalzusammenhang zwischen dem Unfall und dem Fliegerangriff nicht wegzuleugnen sein.

Ich habe mir überlegt, ob man wegen der Frage des Feststellungsantrags, an dem Sie ja ein grosses Interesse haben, nicht einmal an eine der Bearbeiter oder Kommentatoren des KB-Leistungsgesetzes herangetreten werden sollte. Ich denke hierbei vor allem an einen Ministerialrat in Karlsruhe, der das KB-Leistungsgesetz im Blatteilhandbuch des Wirtschaftsrechts, das im Forkel-Verlag erscheint, erläutert hat.

Ich bin z.Zt. bettlägerig krank und in meiner Arbeitskraft stark beeinträchtigt. Deshalb möchte ich Sie bitten, vorerst mit den obigen Ausführungen vorlieb nehmen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Dr. Otto
Für den z.Zt. erkrankten Dr. Otto:

1 Anlage

(Weidmüller)
Anwaltsassessor

Dr.-Ing. A. Schwab
Heidelberg
Dantestraße 83
Tel.: 3062.

Heidelberg, den 20.12.1947.

Herrn

Rechtsanwalt Dr. O t t o

H e i d e l b e r g .

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

In Ergänzung zu meinem Schreiben vom 11.12.1947 kam ich Ihnen den nunmehr geänderten Standpunkt des Versorgungsamtes, den ich durch besondere Umstände erfahren konnte, mitteilen:

Man sieht offenbar ein, dass die bisher vertretene Stellungnahme nicht die richtige ist und bezweifelt neuerdings die gemäss § 1 K.B.-Leistungsgesetz geforderte Kausalität von Unfall und Fliegerangriff. Man argumentiert hierbei ungefähr so, dass in einem derartigen Betrieb es unklar sei, ob die Explosion, (Zerbersten des Druckbehälters) vielleicht auch ohne Einwirkung von aussen (Bombeneinwirkung) eingetreten sein könnte; die Verhältnisse dann also so zu liegen kämen, dass die Explosion in der Tiefe des Objekts selbst ihre Ursache hätte.

Wider solche Verdröhung der Tatsachen lassen sich wichtige und einwandfreie Beweismittel ins Feld führen. Zu diesem Zwecke lege ich Ihnen eine Abschrift der Werksleitung über die Unfallsursache bei. Eine weitere Abschrift hiervon befindet sich bei den Akten des Versorgungsamtes. Weiterhin können sehr einfach durch Anfragen beim Hauptlaboratorium der I.G.-Farben, Ludwigshafen, bzw. BASF., einwandfreie und entscheidende Ermittlungen über diese Ursachenzusammenhänge angestellt werden.

Einen Bescheid bezüglich meines Antrages habe ich vom Versorgungsamt bis zur Stunde noch nicht bekommen, glaube aber, dass in der nächsten Zeit eine Entscheidung fallen wird. Möchte mit dieser Mitteilung schon jetzt auf einen evtl. Punkt einer Ablehnung seitens des Versorgungsamtes hinweisen.

Hochachtungsvoll

Anlage:
1 Abschrift.

Elmerich

THE
LIBRARY
OF THE
MUSEUM OF
ART AND
ARCHAEOLOGY
OF THE
UNIVERSITY OF
CHICAGO

Albany, N.Y.

A b s c h r i f t .

BADISCHE ANILIN-und SODA-FABRIK.

(I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft)

"In Auflösung"

"En cours de dissolution"

Gesetz Nr. 930/11/45

Loi No 930/11/45.

Postanschrift des Absenders:

Badische Anilin-und Soda-Fabrik,

(22b) Ludwigshafen a. Rhein.

B e s c h e i n i g u n g .

Ihre Zeichen:

Unsere Zeichen:

Pers. Abt. III

Ludwigshafen a. Rhein

4.6.47/W.

Wir bescheinigen Herrn Dr. August S c h w a b ,
geb. 13.8.1911, dass er in Ausübung seines
Dienstes bei der Explosion eines Druckbehalters
infolge Beschädigung der Sicherheitsvorrichtung
durch einen vorausgehenden Fliegerangriff
sein Augenlicht verloren hat.

Der Unfall ereignete sich am 19.10.1944. Zeu-
gen dafür sind die Herren: Dr. Carl H e r r l e ,
geb. 19.11.1911, wohnhaft in Ludwigshafen /Rh.,
III. Gartenweg 47d und Dr. Walter B ü c h e ,
geb. 22.8.1902, wohnhaft in Ludwigshafen /Rh.,
Hüttenmüllerstr. 8.

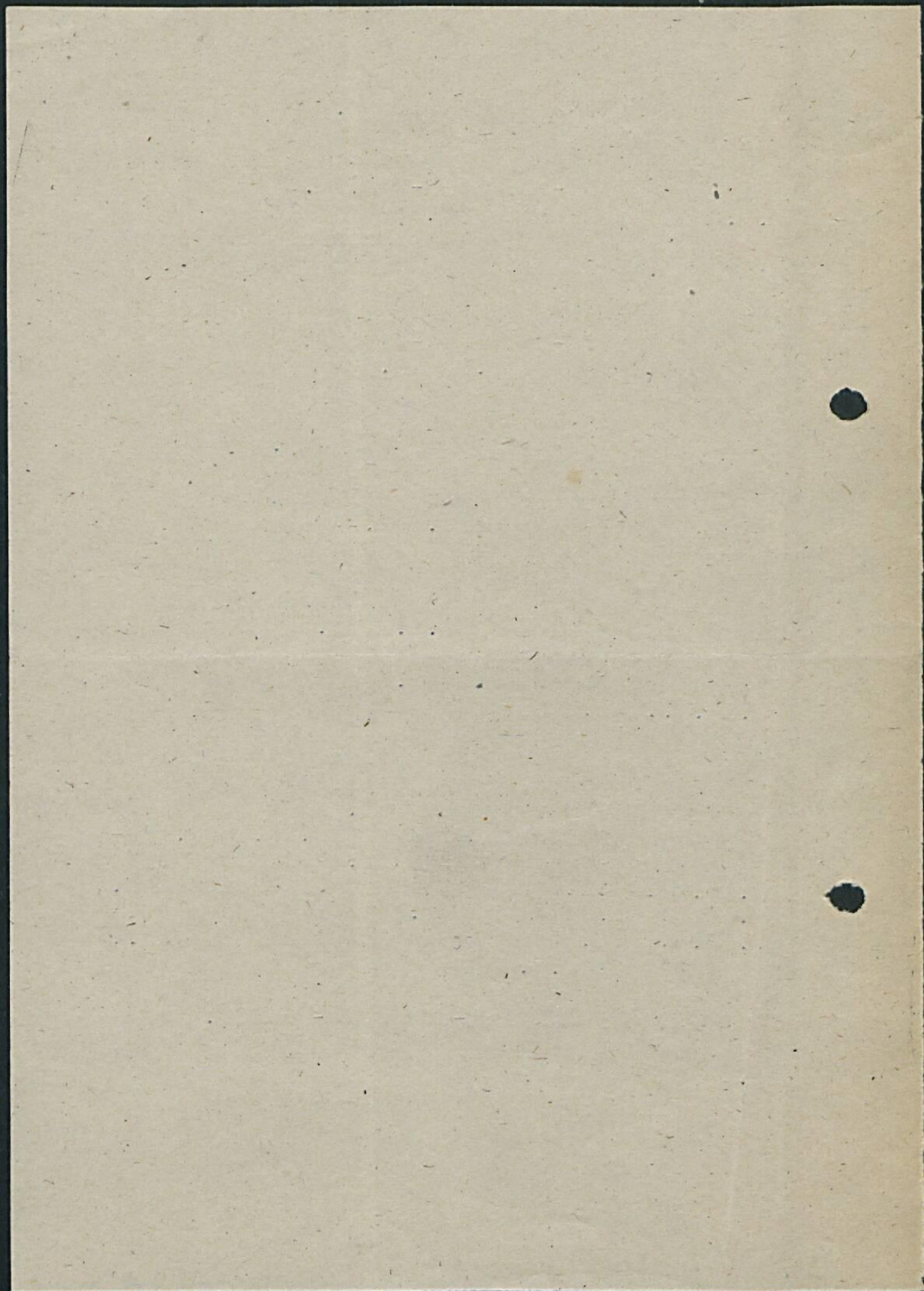
BADISCHE ANILIN'-und SODA-FABRIK.

gez.:

ppa

Hopff

Fikentscher



INGENIEURBÜRO

Dr.-Ing. A. M. SCHWAB

Telefon Nr. 3062

Heidelberg, 11.12.1947.
Dantestraße 33

12. Dez. 1947

Herrn

Rechtsanwalt Dr. O t t o

Heidelberg
Neuenheimer-Ldstr. 4.

Nehme Bezug auf meine telephonische Unterredung am 27.11.47 und übersende Ihnen beiliegend den Sachverhalt meines Falles und bitte Sie zu prüfen, ob eine Anspruchsformulierung auf der angegebenen Grundlage begründet und durchsetzbar ist.

Hochachtungsvoll

Schwab

gradleberg
1880

1880
1880
1880

1880

S a c h v e r h a l t .

Am 19.10.1944 erblindete ich bei der Ausführung kriegswirtschaftlicher Forschungsaufgaben auf dem Werksgelände der I.G.-Farben, Ludwigshafen, infolge Explosion eines Druckbehalters auf beiden Augen. (Gutachten der Augenklinik Heidelberg vom 9.12.1944, Prof. Dr. Engelking: 100 % Erwerbsbeschränkung.) Der Unfall wurde verursacht durch einen vorausgehenden Fliegerangriff. Durch Bombeneinwirkung wurden die Mess- und Sicherheitsapparate beschädigt (Bestätigung dieser Tatsache durch die Werksleitung der I.G.-Farben unter Angabe von Zeugen).

Da ich wegen zu kurzer Beschäftigungsdauer bei der Firma noch keinen Anspruch auf Pension und keine anderweitige Entschädigung wegen Fliegerschadens durch das Reich (wie derartige Schäden später durch das K.B.-Leistungsgesetz vom 26.3.1947 geregelt wurden) hatte, wurde diese Beschädigung als Betriebsunfall behandelt, um mir einen sofortigen Versorgungsanspruch zu sichern. Die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie gewährte mir vom Tage des Unfalls an gemäß § 559 b und 1585, Abs. II RVO. eine Dauerrente (s. Rentenbescheid!).

Im April 1947 habe ich nach Erlass des K.B.-Leistungsgesetzes Antrag beim hiesigen Versorgungsamt auf rechtliche Anerkennung (nicht Leistung nach dem K.B.-Leistungsgesetz) wegen meines Körperschadens gestellt. Die Antragstellung habe ich aus folgenden Gesichtspunkten heraus vorgenommen:

1. wegen der vollkommen unübersehbaren Zeitumstände und der besonders unglücklichen und ungünstigen wirtschaftlichen Lage der chemischen Industrien, insbesondere der I.G.-Farbenindustrie, ist es bei einem möglicherweise eintretenden Zusammenbruch der genannten Firma wahrscheinlich ausgeschlossen, zumindestens sehr ungewiss, ob die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie ihre Unfallgeschädigten aus Mitteln, die von der betreffenden Industrie bislang aufgebracht wurden, noch wird bezahlen können, vor allem, ob der bisherige Umfang der Rentenzahlungen aufrechterhalten werden kann. Das wäre der materielle Gesichtspunkt, der aber wegen der noch andauernden Rentenzahlungen der Berufsgenossenschaft zur Zeit nicht akut ist.
2. Die rechtliche Anerkennung nach dem K.B.-Leistungsgesetz hat auch noch eine ideelle und moralische Seite. Eine Anspruchsgewährung würde mich in den Besitz eines Kriegsversehrten-Ausweises bringen, an dessen Erhalt mir besonders gelegen ist. Der moralische Wert bei Anerkennung als Kriegsversehrter und die berufliche und sonstige Förderung für ein künftiges Unterkommen steht ausser Frage. Es ist mir klar, dass mir nicht Anspruch auf Leistungen sowohl aus der Unfallversicherung als auch nach dem K.B.-Leistungsgesetz zustehen und dass, wie die Verhältnisse heute noch liegen, die Rentenbezüge nach der Unfallversicherung weit höher liegen als die Versorgung nach dem K.B.-Leistungsgesetz, da hier bei der Entschädigung von anderen Berechnungsgrundlagen ausgegangen wird. Mein Trachten ist ja nicht, Leistungen aus dem K.B.-Leistungsgesetz zu erlangen, sondern allein rechtliche Anerkennung meiner Ansprüche für alle

face
: 34

künftigen Fälle.

Inzwischen habe ich durch wiederholte Fühlungnahme mit dem hiesigen Versorgungsamt und persönlicher Rücksprache mit dem Leiter dieses Amtes, Herrn Oberreg.-Rat Mayer, erfahren können, dass mein Antrag nach Ansicht des zuständigen Sachbearbeiters wegen anderweitiger, bereits gewährter Entschädigung abschlägig beschieden werden soll. Zwar ist man sich wegen meiner wiederholten Anfragen und Gegenvorstellungen und vor allem wegen der bis vor einigen Wochen noch nicht ergangenen Württembergisch-Badischen Ausführungsverordnungen zum K.B.-Leistungsgesetz sehr unsicher und hat mir bislang noch keinen Ablehnungsbescheid zugesandt. Im Falle einer Ablehnung möchte ich mich aber heute schon mit dem nötigen Rüstzeug wappnen, um evtl. einem derart unbilligen Entscheid sofort wirksam entgegentreten zu können. Mir liegt, um es nochmal klarzustellen, nur um die rechtliche Anerkennung meines Körperschadens. Mein Anspruch ist gemäss § 1, Abs. I und III des K.B.-Leistungsgesetzes zweifellos begründet.

Zur besseren Einarbeitung lege ich Ihnen das kleine kommen-tierte Bändchen des K.B.-Leistungsgesetzes bei.

